

STAATSARCHIV HAMBURG

314 -15 Oberfinanzpräsident
Abl. 1998

K 11 .

B. V. 11. 13
K. 11

Hr. Kosterlitz Arthur

Kosterlitz, Eilke * 22.9.96 (Be 2.4)

heute Posen
jgg. Lauenburg.

K

Darlehnsakte

~~X 2065~~
K 11

Dr. A. P. Kosterlitz
8, Belsize Park Gardens,
LONDON, N.W.3.

Der Oberfinanzpräsident

Herrn

* 23. SEP. 1947

Vom
H

13. September, 1947

An den

Herrn Oberfinanzpräsidenten zu Hamburg.

Sehr geehrter Herr Oberfinanzpräsident,

der ergebenst Unterfertigte gestattet sich, Ihre Hilfe
in folgender Angelegenheit in Anspruch zu nehmen:

Ich war früher Rechtsanwalt und Notar in Berlin und hatte
meine Wohnung in Berlin, W., Passauerstrasse 14. Zu Beginn des
Jahres 1938 wurde ich von der Gestapo in Haft genommen unter
der Beschuldigung des Hochverrats. Der Volksgerichtshof stellte
das gegen mich anhängig gemachte Verfahren ein. Nach mehreren
weiteren Monaten Haft im Reichssicherheitshauptamt wurde ich
entlassen und konnte nach England entkommen.

Meine Frau, die gleichfalls von der Gestapo als Vertrauens-
person der Bekenntniskirche verfolgt worden war, erhielt Aus-
wanderungserlaubnis mit der Genehmigung, unsere sehr wertvolle
Einrichtung aus Deutschland mitzunehmen.

Sie übergab die Beförderung unseres Umzugsgutes der all-
gemeinen Transportgesellschaft, vormals "Gondrand & Mangili,
m.b.H." in Berlin.

Nach Kriegsende liess ich durch eine Frau Jäger in Hamburg
Bekundigungen nach dem Verbleib unserer beiden Lifts einziehen.
Ich erhielt von der Filiale Hamburg der vorgenannten Transport-
gesellschaft anliegenden Brief vom 18.9.1945.

Vielleicht besteht, insbesondere anhand von Versteigerungs-
protokollen, die Möglichkeit, die Erwerber unseres Gutes fest-
zustellen und vielleicht auch einige Stücke sichzustellen.
Wenn Sie Nachforschungen in dieser Richtung anstellen wollten,
würden Sie mich zu grossem Dank verpflichten.

Ganz ergebenst

A. P. Kosterlitz

A T E G E

357

Re: Export De/Me

18.9.45

2 Liftvans Umschlagsgut, Globus 307/8
für Frau Hilde Kosterlitz, London.

Wir nehmen höflichst Bezug auf Ihren Fernanruf vor einigen Tagen. Sie teilten uns mit, dass wir 1938 den Auftrag gehabt hätten, obige Liftvans für Frau Hilde Kosterlitz zur Verladung zu bringen, und dass die Kolli am Kaischuppen 84 gelagert hätten.

Wir können diese Angaben heute leider nicht mehr nachprüfen und es stehen uns auch keine Schriftstücke mehr zur Verfügung, da fast alle Akten in den oberen Stockwerken unseres Hauses, Raboisen 40, und in einem Lager durch Feindeinwirkung während des Krieges verbrannten.

Wir geben jedoch über den Verbleib des Gutes folgend~~x~~e eine Erklärung ab, zumal wir Ihnen versichern können, dass kein Umschlagsgut aus der damaligen Zeit heute noch in Hamburg lagert, und dass über das durch unsere Hände gegangene Umschlagsgut restlos von höherer Stelle verfügt worden ist:

Das sämtliche Auswanderergut, das Anfang des Krieges nicht mehr zur Verladung kommen konnte, lagerte an den verschiedenen Kaischuppen im hiesigen Freihafen. Auf Veranlassung der Behörde bzw. der Feuer-
schutzpolizei, wurde das Gut, besonders wegen Feuersgefahr durch Feindeinwirkung, Ende 1940, Anfang 1941 auf einen freien Platz im Hafen gebracht, also von den übrigen Kaischuppen isoliert.

Ab Februar 1941 wurden diese Güter dann restlos durch die seinerzeitige Staatspolizei beschlagnahmt, so dass uns die Verfügungsgewalt darüber genommen wurde. Wir hatten lediglich noch den Rolltransport zum Versteigerer für die Gestapo durchzuführen. Die Beschlagnahme bzw. Versteigerung musste unseres Wissens vorgenommen werden, weil das Umzugsgut im Freien sowieso durch Ratten, Witterungseinflüsse und Bombenangriffe im Laufe der Jahre vernichtet worden wäre. Schon bei der Umlagerung Anfang 1941 stellte sich heraus, dass ein grosser Teil der Kolli kaum noch transportfähig war.

Soweit uns noch bekannt, wurde der Erlös seitens der Gestapo beim hiesigen Amtsgericht für den jeweiligen Besitzer des Gutes deponiert. Wir empfehlen Ihnen daher, sich an die Militär-Regierung zu wenden, da wir über den Verbleib der Gestapo und der bei ihr befindlichen Akten nicht unterrichtet sind.

Hochachtungsvoll
Allgemeine Transportgesellschaft, vorm. Gondrand &
Mangill mbH.

Der Oberfinanzpräsident
Hamburg

0 5210 - K 11 (n) - V 13 h-
Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen, den Tag und
Gegenstand dieses Schreibens in der Antwort anzugeben

An das
Gerichtsvollzieheramt

(24a) Hamburg 36
Drehbahn 36

(24a) Hamburg 11,

25. September 1947
Rödingsmarkt 83 / Fernsprecher 34 10 04

O.R.N.
Eingegangen am:
30. SEP 1947
Gerichtsvollzieher in
Hamburg

85/2

Betr.: Umzugsgut Dr. A.P. Kosterlitz und Frau Hilde,
früher Berlin W., Passauerstr. 14, jetzt
in London.

Das Umzugsgut der Obengenannten, verpackt in 2 Lifts gez. Globus
307/8, wurde durch die Transportfirma Allgemeine Transport Gesell-
schaft, vorm. Gontrand & Mangill G.m.b.H., von Berlin im Jahre 1938
zum Abtransport in den Freihafen Hamburg ausgeführt. Die Unterlagen
dieser Firma sind durch die Kriegereignisse vernichtet worden. Es
ist anzunehmen, daß die Sachen im Auftrage der ehemaligen Gestapo
später verwertet worden sind. Ich bitte um Auskunft, ob das Gut durch
Sie verkauft worden ist, bejahendenfalls um Übersendung einer Abschrift
des Versteigerungsprotokolls nebst Abrechnung in doppelter Ausfertigung.
Wann, in welcher Höhe und an welche Stelle g.F. der
Erlös abgeliefert?

Im Auftrage
gez. Dr. Koenig



Beglaubigt

Zollinspektor

Aktenzeichen.

... E/633

Dieses Aktenzeichen ist
in jedem Schriftwechsel
anzugeben.

(20a) Bad Nenndorf.

12.8.1949

Verordneter u. Öffentl.
bestellter Versteigerer
und Schätzer

W.O.H. Schopmann & Sohn
Inh. Heinrich Schopmann

10

Eingelassen für die Versteigerung von Kunstgegenständen in
Privat-Hausständen und sonstigen geschlossenen Räumen.

an den Herrn Oberfinanzpräsidenten
HAMBURG 11
Bödingenmarkt

Hamburg 36, 22. Januar 1943
Hohe Bleichen 30

Hochstehende Hausstände sind durch uns nicht versteigert
worden. X

Dr. A. P. Kosterlitz, Berlin, Passauerstr. 14
O 5210 - K 11 (n) - V 13 h

W.O.H. Schopmann & Sohn
pps. H. Schiers

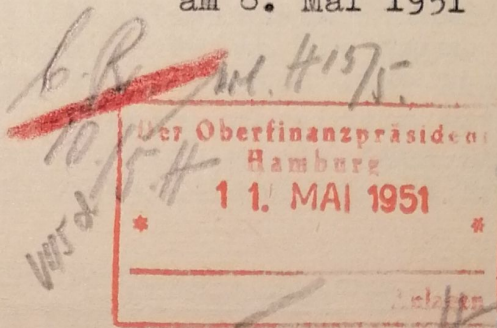
das wage ich anzunehmen - die Lage hinsichtlich der Verstei-
gerungen unseres Gutes vom September 1941 geklärt hat. Es
ist wohl nicht optimistisch von mir zu hoffen, dass ich, zu-
mindest hinsichtlich des Netto-Erlöses von RM 16.950.- obsie-

Dr. A.P.Kosterlitz

33, Belsize Park Gardens
London NW.3

am 8. Mai 1951

Herrn Regierungsrat Dr. Holdeigl
Oberfinanzdirektion Hamburg
H a m b u r g 11
Rödingsmarkt 83.



Betrifft: Rückerstattungssache Kosterlitz Landgericht Hamburg
Wiedergutmachungskammer Akt.Z.Wik.404/51
Ihr Akt.Zeichen O 5210 - R 11 - P 55 d .

Sehr geehrter Herr Regierungsrat,

unter ergebener Bezugnahme auf die mit Ihnen am 7.März ds.Js.
in Ihrer Dienststelle geführte Unterredung erlaube ich mir,
mich nochmals an Sie zu wenden.

Ich schätze Sie im Besitz meines sofort nach meiner Rückkehr
nach London abgefassten Schriftsatzes vom 18.v.Mts., der -
das wage ich anzunehmen - die Lage hinsichtlich der Verstei-
gerungen unseres Gutes vom September 1941 geklärt hat. Es
ist wohl nicht optimistisch von mir zu hoffen, dass ich, zu-
mindest hinsichtlich des Netto-Erlöses von RM 16.950.- obsie-
gen werde, und vielleicht sind Sie auch nicht voll überzeugt,
dass Ihre Behörde 'erster Sieger' werden wird.

Wenn eine Teilentscheidung zu unseren Gunsten ergeht, so wird
sie auch ohne jedes Zutun von mir wegen ihrer präjudiziellen
Bedeutung in den deutschen juristischen Fachzeitschriften und
in den Publikationen der Refugee-Organisationen veröffentlicht
werden. Da zur gleichen Zeit wie unsere beiden Lifts Tausende
(buchstäblich!), die in Hamburg eingelagert waren, das gleiche
Schicksal erfahren haben, dürfte sich das Land Hamburg einer
Fülle von Ansprüchen aus gleichem Schuldgrunde gegenübersehen.
Falls Sie meinen Anspruch als rechtlich, zumindest überwiegend,
aussichtsreich ansehen sollten, so wäre es vielleicht auch im
Interesse der Oberfinanzdirektion, noch jetzt ein Anerkenntnis
abzugeben.

Auf alle Fälle bitte ich Sie, darain zu willigen, dass die
Teilentscheidung, die ich beantragt habe, ohne mündliche Ver-
handlung nach Lage der Akten ergeht. Ich denke, dass auf über-
einstimmenden Wunsch beider Parteien von der Vorschrift des
Artikels 59, 2 (a) des Gesetzes Nr. 59 abgewichen werden kann.
Es würden mir dadurch die Unkosten einer Vertretung erspart
werden und ich meine, dass die beiderseitigen Standpunkte hin-

- 2 -

reichend geklärt sind oder noch weiter klargestellt werden können, so dass auch in einer kontradiktorischen Verhandlung nichts Neues hinzugefügt werden könnte. Wären Sie daher bereit, falls Sie auf einem Kenntnis des Gerichts über die entscheidungsreife Teilforderung bestehen, gemeinsam mit mir einen dahingehenden Antrag zu stellen? Ich würde dann ein entsprechendes Gesuch Ihnen zur Mitunterzeichnung und Einreichung bei Gericht übersenden.

Erhalte ich einen Geldbetrag in Deutschland, so bin ich in der Lage, einen Gerichtsbeschluss gemäss Paragr. 287 ZBO herbeizuführen und anschliessend mit meiner Frau zur persönlichen Vernehmung über den Gesamtschaden nach Hamburg hinüberzukommen. Unsere Lage würde es uns nicht gestatten, eine solche Reise aus unseren mehr als bescheidenen Einkünften hier in England zu finanzieren. Dies ist mein eigentliches sachliches Interesse an der Erlangung des entscheidungsreifen Teils der Klage-Forderung.

In vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener

Der Oberfinanzpräsident
Hamburg

24a

15
Hamburg 11, den 17. August 1950
Rödingsmarkt 83 / Fernsprecher 34 10 04

5210 - R 11 - P 55 d

und gebeten, dieses Geschäftszeichen, den Tag und
Anstand dieses Schreibens in der Antwort anzugeben

An das
Wiedergutmachungsamt beim

Landgericht Hamburg

Betr.: Rückerstattungsache Dr. Arthur Kosterlitz und Hilde Kosterlitz,
London

Bezug: dort. Schreiben vom 12.7.50 Akt.-Zeich. Z 1040

Anlagen: 2

Zu dem Antrag gemäß Bezugsschreiben nehme ich wie folgt Stellung:
Nach den hier vorhandenen Unterlagen ist das Umzugsgut s.Zt. in
Auftrage der ehemaligen Gestapo hier durch die Versteigerungsfirma
Carl F. Schlüter zur Versteigerung gekommen. Der Erlös betrug
RM 16.950.00. Von der Fa. Schlüter wurden an die Gestapo am 30.9.41
RM 10.950.95 überwiesen. Über den weiteren Verbleib des Erlöses konnte
nichts ermittelt werden. Es ist anzunehmen, daß er von der Gestapo auf
Grund der damals bestehenden Vorschriften nach Berlin, dem früheren
Wohnsitz des Antragstellers, überwiesen worden ist.

Ich bin mit der Angelegenheit nicht befaßt gewesen. Ich habe
weder die Versteigerung veranlaßt, noch sind bei der Oberfinanzkasse
Beträge in dieser Sache eingegangen.

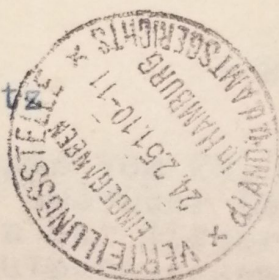
Aus vorstehenden Grunde bitte ich, den Anspruch zurückzuweisen.

Im Auftrag
v. Dr. Holdeigel

Wiedergutmachungsamt
Landgericht

Die Übergabe des Umzugsgutes
der Allgemeinen Transportgesellschaft
vormals Gondrand & Mangili m.b.H. Berlin

Dr.A.P.Kosterlitz



33, Belsize Park Gardens
London NW.3

19. Februar 1951

In der Rückerstattungssache Kosterlitz

III Z.1040

bemerke ich zu der Verfügung vom 21.Dez.50:

1.) Nachdem die von mir beabsichtigte Reise nach Deutschland sich durch meine persönliche Verhinderung unerwartet lange verzögert hat, kann ich nunmehr in der ersten Hälfte des Monats März nach Hamburg kommen. Dort werde ich mir erlauben, mit dem Herrn Sachbearbeiter Rücksprache zu nehmen.

2.) Die Gegenstände, derenwegen meine Ehefrau und ich Rückerstattungsansprüche stellen, bildeten grösstenteils die Einrichtung unserer Wohnung Berlin W.50, Passauerstr.14, von der wir einen beträchtlichen Teil zurücklassen mussten. Die (nach Neu-Verchromung in zerlegtem Zustand transportierten) Stahlrohrmöbel waren die Ausstattung meines Sprechzimmers in meinem Büro, Berlin W.15, Kurfürstendamm 224.

Zu Beginn des Jahres 1938 wurde ich von der Gestapo in Haft genommen unter der Beschuldigung des Hochverrates. Der Volksgerichtshof stellte aufgrund der negativen Ermittlungen das gegen mich anhängig gemachte Verfahren ein. Nach mehreren weiteren Monaten Haft im Reichssicherheitshauptamt wurde ich entlassen und konnte schliesslich nach England entkommen.

Meine Frau, die gleichfalls Verfolgungen ausgesetzt war, da sie eine Vertrauensperson der Bekenntniskirche gewesen war, erhielt Auswanderungserlaubnis mit der Genehmigung, unsere sehr wertvolle Einrichtung aus Deutschland mitzunehmen.

Sie übergab die Beförderung des Umzugsgutes der Allgemeinen Transportgesellschaft vormals Gondrand & Mangili m.b.H. Berlin NW.21, Quitzowstr.11-17.

Die Bescheinigungen dieser Firma über die Einlagerung im Hamburger Freihafen vom 28. April und 23. Mai 1939 sowie die quittier-

utmachungsamt
ndgericht

u r g..

ten Rechnungen vom 28. April 1939 über RM 3.092.- und vom 5. Juli 1939 über RM 50.- werde ich persönlich in Photokopie n zur Niederlegung auf der Geschäftsstelle des Wiedergutmachungsamtes überbringen.

3.) Unter dem Vorwand der Feuergefährdung während der Luftangriffe auf den Hamburger Hafen ordnete die Gestapo die Versteigerung der Lifts an. Diese wurde am 25. und 30. Sept. 1941 durch die Versteigerungsfirma C.F.Schlüter, Hamburg 36, Valentinskamp 74, durchgeführt. Ausweislich der mir von dem Herrn Oberfinanzpräsidenten Hamburg mit Anschreiben Akt.Zeichen: O 5210-K.11 (n)-V.13.h vom 8. Dez. 1947 in Abschrift übersandten Versteigerungsprotokolle hat der zur Versteigerung gelangte Teil des Inhalts der beiden Lift-Vans - der übrige Inhalt scheint entwendet worden zu sein - einen Erlös von RM 16.950.- bzw. RM 1.250.- zusammen also RM 18.200.- gebracht. In dem soeben angeführten Schreiben, dessen wesentlichen Inhalt ich bereits mit meinem Schriftsatz vom 4.10.50 wiedergegeben habe, bekennt der Herr Oberfinanzpräsident den Empfang des Erlöses für mein Umzugsgut folgendermassen:

'Ich habe festgestellt, dass Ihre Sachen im Auftrage der ehemaligen Gestapo durch die Firma C.F.Schlüter, Hier 36, Valentinskamp 74, verwertet worden sind. Der Versteigerer hat den Erlös an die genannte Polizeidienststelle abgeliefert. Akten sind bei ihr nicht mehr vorhanden. Kurz vor dem Zusammenbruch hat die Gestapo einen Betrag ohne nähere Einzelangaben an meine Oberfinanzkasse überwiesen, in dem annehmbar auch der Erlös aus dem Verkauf Ihres Umzugsgutes enthalten ist.

Eine Abschrift der von der Firma Schlüter erzielten Einzelerlöse nebst Abrechnung über die Gesamtversteigerung füge ich bei.'

Zu diesem Tatbestande hat der Antragsgegner bisher noch nicht Stellung genommen. Ich bitte ihn dazu veranlassen zu wollen, erforderlichenfalls auch die Vorlegung der in seinem Besitz befindlichen Versteigerungsprotokolle anzuordnen.

4.) Hinsichtlich dieses zu unseren Gunsten der Oberfinanzkasse überwiesenen Erlöses für unser Hab und Gut bestimmt sich die Rechtslage nach bürgerlichem Recht:

Die rechtlichen Beziehungen des Antragsgegners zu meiner Ehefrau und mir sind geregelt durch die Normen über Hinterlegung (§ 372ff BGB) bzw. Verwahrung gemäss § 700 BGB.

Wegen Unmöglichkeit der Übermittlung des uns zustehenden Versteigerungserlöses an uns hat die Gestapo das bislang in ihrem Besitz befindliche Geld, vermutlich 1945, einer dritten zur Annahme hinterlegten Geldes befugten amtlichen Stelle, der Oberfinanzkasse überwiesen. Da das Geld nicht beschlagnahmt war und auch keinerlei Veranlassung für eine Beschlagnahme selbst nach den Satzungen des Dritten Reiches vorlag, liegt eine Summenverwahrung zu unseren Gunsten seitens der Oberfinanzkasse vor.

Nachdem ich in meinem Schriftsatz vom 4. Oktober v.Js. die Erklärung abgegeben habe, dass ich den für uns hinterlegten ~~K&K~~Betrag als Teilbetrag auf künftige zu erhebende Entschädigungsforderungen unter Vorbehalt aller weiteren Ansprüche entgegenzunehmen bereit bin, ist der Versteigerungserlös an uns herauszuzahlen. Ich berichtige mich dahin, dass an uns in der vollen Höhe von RM 18.200.- gleich 1.820.- DM zusteht, da eine Veranlassung, aus der heraus wir die Unkosten, der eine Verschleuderung unserer sehr wertvollen Habe darstellenden Versteigerung zu tragen haben, nicht vorliegt.

Insoweit also ist der Rechtsstreit entscheidungsreif und ich beantrage, den Herrn Oberfinanzpräsidenten Hamburg kostenpflichtig zu verurteilen, an Frau Hilde Kosterlitz und Dr. A.P. Kosterlitz den Betrag von

DM 1.820.- nebst auflaufenden
Prozesszinsen
zu zahlen.

5.) Erst die den vorgenannten Betrag übersteigenden Ersatzansprüche regeln sich nach einem späterhin wahrscheinlich ergehenden Entschädigungsgesetze. Ich sehe zurzeit keine Dringlichkeit, ein Verfahren auf Feststellung der Schadensersatzpflicht nach einem noch nicht erlassenen Gesetz durchzuführen. Daher bitte ich, mir ausreichend Zeit zur Vorbereitung der probatio diabolica, die von mir in der Verfügung vom 21.12.50 verlangt wird, zu gewähren. Dies, soweit ich einen derartigen Beweis überhaupt zu führen in der Lage bin, oder richtiger, soweit mir die Führung eines solchen Beweises der weit über die Beweisforderungen des Beschlusses des Hanseatischen Oberlandesgerichts in Hamburg in Sachen Secemski gegen das deutsche Reich Akt. Zeichen 5 W.48/50 vom 17.10.50, Ziffer 3, hinausgeht, zugemutet werden kann. Wie soll ich z.B., der ich keine Ahnung

Wiedergutmachungsgesetz
199
1951

über die im früheren Deutschen Reich im Herbst 1941 geltend gewesenen Preise für hochwertigen Hausrat und Sammlergut habe, diese feststellen. Es handelt sich überdies um Gegenstände, die grossenteils Erbgut, anderenteils durchweg seit langen Jahren in unserem Besitze waren. Ein Verzeichnis des Inhalts der beiden Lift-Vans war in Berlin deponiert, und ich werde bei meiner demnächstigen Anwesenheit dortselbst bemüht sein, es zu beschaffen.

Da anzunehmen ist, dass das Entschädigungsgesetz der Lage der Anspruchsberechtigten hinsichtlich der Beweisführung Rechnung tragen, und die in jeder ~~xxxx~~ Beziehung anormale Lage berücksichtigen wird, indem wohl noch die Beweisregel des § 287 ZPO erleichtert wird, bitte ich, das vorläufige Ruhen des Verfahrens, soweit es über die unter Ziffer 4 geltend gemachten Ansprüche hinausgeht, anordnen zu wollen.

Ergebenst

[Handwritten signature]

Zu den der Art. 10 Abs. 2 Nr. 1 des Grundgesetzes entsprechenden Bestimmungen des Grundgesetzes über die Stellung:

den 9. März 1951 22

An das
Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg
H a m b u r g 36
Sievekingplatz
Ziviljustizgebäude, Anbau

16.950,-
1.178,65
18.128,65

Betr.: Rückerstattungssache Dr. Arthur Kosterlitz und Hilde Kosterlitz, London

Bezug: Dort. Schreiben vom 28.2.1951, Aktenzeichen III Z 1040

Anl.: 2 begl. Abschriften dieses Schriftsatzes

In Abänderung und Ergänzung meines Schreibens vom 17.8.1950 - nachdem der Berechtigte am 7. ds.Mts. zu einer persönlichen Rücksprache bei meiner Dienststelle erschienen ist - nehme ich zum Schriftsatz des Berechtigten vom 19.2.1951 wie folgt Stellung:

Der Nettoerlös aus der Versteigerung des Hausrats der Berechtigten hat, wie bereits mit Schreiben vom 17.8.1950 mitgeteilt, RM 16.950,-- betragen. Dazu kommt der Nettoerlös aus der Versteigerung einiger Gemälde in Höhe von RM 1.178,65. Entziehungstag ist in beiden Fällen der 30.9.1941. In der genannten Höhe könnte demnach ein auf Reichsmark lautender Schadenersatzfeststellungsbeschluss ergehen. Einer Umstellung auf D-Mark steht nach ständiger Rechtsprechung des Wiedergutmachungssenats beim Hanseatischen Oberlandesgericht § 14 UG entgegen, und zwar auch dann, wenn - wie aus dem Schriftsatz vom 19.2.1951 hervorgeht - der Berechtigte seine Ansprüche nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechts zu verfolgen versucht.

Richtig ist zwar, dass den Berechtigten mit Schreiben meiner Dienststelle vom 8.12.1947 mitgeteilt worden ist, dass kurz vor dem Zusammenbruch des Dritten Reiches die Gestapo einen grösseren Gesamtbetrag an die Oberfinanzkasse überwiesen hat, in welchem vermutlich auch der Erlös aus der Versteigerung des Umzugsgutes der Berechtigten enthalten sei. Diese Vermutung dürfte jedoch kaum dem tatsächlichen Geschehen des Ablaufs

entsprechen

entsprechen, da die Versteigerung des Hausstandes bereits im Jahre 1941 erfolgte und in der Regel derartige Erlöse wie sonstige Reichseinnahmen auch täglich über die örtlichen Amtskassen an die Reichshauptkasse abgeliefert und im Reichshaushalt verbraucht wurden. Es kann aber auch dahingestellt bleiben, ob die geäußerte Vermutung in diesem Fall den Tatsachen entspricht oder nicht, denn der erwähnte Gesamtbetrag ist als solcher heute nicht mehr vorhanden, an seine Stelle kann daher nur ein Ersatzanspruch - sei es nach Art. 26 Abs. 2 REG, sei es nach bürgerlichem Recht - treten. Der Berechtigte sieht die Rechtslage auch insofern unrichtig, als er das Deutsche Reich als einen für ihn tätig gewordenen Verwahrer hinsichtlich des Umzugsgutes bzw. des Versteigerungserlöses betrachtet, denn das Dritte Reich zog die Vermögenswerte verfolgter Personen bzw. deren Ersatzwerte zu eigenem Recht ein. Daran ändert sich auch dadurch nichts, dass die Verfolgungsgesetze der Nazizeit heute als unwirksam gelten. Diese Gesetze sind von den Militärregierungen nicht ex tunc sondern ex nunc aufgehoben worden; für die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts stehen eben heute die Wiedergutmachungsgesetze zur Verfügung, deren es nicht bedurft hätte, wenn die Aufhebung der Nazigesetze mit ex tunc-Wirkung ausgestattet wäre.

Da der Berechtigte eine Entscheidung unter Berücksichtigung aller in Betracht kommender Rechtsvorschriften erstrebt, bitte ich - zugleich in seinem Einverständnis - um Verweisung der Sache an die Wiedergutmachungskammer.

Das empfiehlt sich auch um deswillen, weil der Berechtigte das Versteigerungsprotokoll des Auktionators C.F. Schlüter für unvollständig hält und den Beweis antreten will, dass das von ihm zur Versendung gebrachte Umzugsgut beraubt worden ist. Dem weitergehenden Antrag des Berechtigten muss jedoch vorsorglich widersprochen. Auch könnte ich z.Zt. einheitlichen Multiplikator noch nicht nennen, der - angesetzt auf den Nettoversteigerungserlös - den RM-Wiederbeschaffungswert im Zeitpunkt der Entziehung ergeben würde.

Ich bitte daher, den Verweisungsbeschluss zu erlassen.

Im Auftrag

gez. Dr. ...



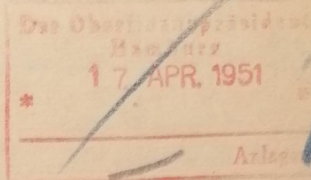
Beschl
In der Rückerstattung
Dr. Arthur Kosterl
Hr. Brika Pl
Berechtigter
Gegen
Deutsche Reich
Finanzbehörde der H
durch die Oberfinanzdi
O 8210 - R 11 - P 55 d
Berechtigter
betr. 2 liftvans Umzug
ist eine gütliche Einigung - üb
antragsgemäßen.
Wiedergutmachungsamt verweis
an die W
(Art. 55 REG)
Hamburg
als Urk
nach

- Abschrift -

Carl F. Schlüter
Auktionator u. Taxator

Hamburg, den 6. April 1951.

An das
Landgericht Hamburg
Wiedergutmachungskammer
H a m b u r g 36
Sievekingplatz, Ziviljustizgeb.



Aktenzeichen WiK 404/51 in Sachen Kosterlitz ./..Deutsches Reich.

In Beantwortung Ihrer Anfrage vom 27.3.51 teile ich Ihnen mit, dass der Gesamterlös der für Herrn Dr. Arthur Kosterlitz, früher Berlin-Schöneberg s. Zet. Verkauften Gegenstände RM 16.950.- betrug. Die Versteigerung fand im Jahre 1941 statt. Zweifellos dürften einige Gegenstände hiervon als Sammler-Gut angesehen werden können. Im Vergleich mit dem Erlös für andere Sachen sind recht beträchtliche Preise erzielt worden, es besonders für die Teppiche und Brücken.

Alle Privatsachen wie Fotos, Briefe etc. wurden nicht verkauft, sondern sind dem jüdischen Religionsverband in Hamburg, Hartungstrasse übergeben worden.

Wie noch weiter festgestellt werden konnte, befanden sich unter den Sachen drei Gemälde, die zusammen RM. 1.250.- erbrachten. Dieser Betrag ist aber in der obigen Summe mit enthalten.

Hochachtungsvoll.
gez. Carl Schlüter.

*Dr. Kosterlitz
sagt hierüber
etwas anderes,
s. AC. 171
Al. 5 bestätigt die
Richtigkeit von
Dr. R. R. 16.5.51*

Oberfinanzdirektion

Hier

z. d. A.

- 052 10-R 11-PS 501-

- 4-1040-

Oberfinanzdirektion Hamburg

O 5210 - H 11 - V 115 d

wird gebeten, dieses Geschäftszeichen, den Tag und Gegenstand dieses Schreibens in der Antwort anzugeben!

(24)

Hamburg 11, 2. August 1951
Rödingsmarkt 83 / Fernsprecher 34 10 04

An das
Landgericht Hamburg
-1. Wiedergutmachungskammer -
H a m b u r g

In der Rückerstattungssache
-1. WiK 404/51 -

Dr. Kosterlitz,
Bevollmächtigter: Fräulein Erika Flak, Berlin,

Antragsteller

gegen

das Deutsche Reich,
gesetzlich vertreten durch die Hansestadt Hamburg - Finanzbehör-
de Verfahrensvertreter die Oberfinanzdirektion Hamburg - ,

Antragsgegner

wird zu dem Schriftsatz des Berechtigten vom 18.6.1951 wie folgt
Stellung genommen:

Ich verweise insbesondere auf das Gutachten des Auktionators Schlüter vom 6.4.1951, nach dessen Ansicht in der Versteigerung des beanspruchten Umzugsguts beträchtliche Preise erzielt worden sind. Von einer Verschleuderung der entzogenen Gegenstände kann in diesem Fall jedenfalls nicht gesprochen werden. Unter Berücksichtigung der Erfahrungssätze, die sich aus der Vernehmung von Sachverständigen in gleichgelagerten Fällen vor der Kammer ergeben haben, ist meiner Ansicht nach ein Ersatzwert von RM 30.000.- als angemessen zu betrachten.

Ich betone noch, daß Voraussetzung meiner Einlassung in diesem Verfahren das Anerkenntnis der Rechtsprechung des Hanseatischen Oberlandesgerichts ist, dementsprechend die Ersatzpflicht des Deutschen Reiches zur Zeit nur in RM festgestellt werden kann. Aus den bisherigen Schriftsätzen des Berechtigten geht nicht einwandfrei hervor, ob in diesem Verfahren abweichend von der hiesigen Praxis ein Antrag auf DM-Zahlung gestellt werden soll.

Vorsorglich und lediglich um einen evtl. Verlust des Rückrechts in einem möglichen späteren Verfahren vor dem Board of Review zu vermeiden, werden für den Fall, daß von der hiesigen Rechtsprechung abweichende Anträge gestellt werden sollen, folgende grundsätzliche Einwendungen erhoben, für die eine Entscheidung durch das höchste Gericht wünschenswert erscheint:

Bestritten wird, daß das Land Hamburg als gesetzlicher Vertreter des Deutschen Reiches anzusehen ist. Von der vielmehr nach Art. 53 I REG lediglich gegebenen Möglichkeit für die Länder, dem Verfahren als Partei für das Deutsche Reich beizutreten, soll im vorliegenden Fall kein Gebrauch mehr gemacht werden. - Im übrigen ist auch ein Anspruch nach Art. 26 II REG nicht begründet. Denn eine Schadensersatzpflicht entsteht nur bei verschuldetem Verlust feststellbarer Vermögensgegenstände. Auch das Vorliegen dieser

Voraussetzung

STA

Bescheid

Voraussetzung wird bestritten.
Einem Zahlungsanspruch steht endlich auch der § 12
UG entgegen, wonach Zahlungsverbindlichkeiten des Deutschen
Reichs nicht umgestellt werden können. Die Notwendigkeit
wenigstens der mittelbaren Anwendung des Umstellungsgesetz
ergibt sich daraus, daß das REG die Wiederherstellung
der Vermögenslage zur Zeit der Entziehung bezweckt, deren
Wert nur in RM festgestellt werden kann.
Ich betone abschließend, daß diese letzteren Ein-
wendungen nur für den Fall gelten, sollen, daß die Antrag-
stellung abweichend von der Rechtsprechung des Hans.OLG.
erfolgt. Auf die Entscheidung des Board vom 5.2.1951 wird
verwiesen

Im Auftrag

gez. Rebeling



Beglaubigt

Zollinspektor

Dr. A. P. Kosterlitz

Handwritten signature

An das Landgericht
Wiedergutmachung
H a m b u r g

Sievekingplatz.

Betrifft: Rücker
Frau Hilde Koste
und das Deutsche

Der Gerichtsbes
heutigen Tage in
Ich gestatte mir
dem Gericht zu u
I. Bereicherungs

Der Erlös für un
nem Eingeständni
früheren Deutsch
Rechtsanspruch a
Hansestadt Hambu
sere Kosten ohne
den Gegenwert fü
geben, während d
geworden ist.

Hinsichtlich die
meines Schriftsa
Erforderliche be
seite ihrerseits
äussert, nach de
send.

In meinem vorerw
ist nichts entha
neue Behauptung
rigen Vorbringen
cherungskomplex
Daher hatte ich
reifen Teil des
gegen die eine d
ergehen würde. D

VF

88

5 W 204/1951
1 Wlk 404/1951

B e s c h l u ß

In der Wiedergutmachungssache

des Kaufmanns und früheren Rechtsanwalt
Dr. Artur Peter Kosterlitz,
33, Belsize Park Gardens,
London NW 3,

Zustellungsbevollmächtigte: Bürovorsteherin
Erika Flak, Berlin W. 30, Goltzstraße 15, 1952
Antragstellers,

Oberfinanzdirektion
Hamburg
9. JAN. 1952 / Anlagen

g e g e n

1. das Deutsche Reich, gesetzlich vertreten durch die Hansestadt Hamburg, Finanzbehörde, diese vertreten durch die Oberfinanzdirektion Hamburg,
2. die Hansestadt Hamburg, vertreten durch die Finanzbehörde in Hamburg, Antragsgegner,

zu O 5210- R 11-
P 55 d

Mit dem Hanseatischen Oberlandesgericht in Hamburg,
5. Zivilsenat, durch die Richter:

1. Senatspräsident Willers,
2. Oberlandesgerichtsrat Dr. Krönig,
3. Oberlandesgerichtsrat Dr. Schierholt

in seiner Sitzung am 22. Dez. 1951 beschlossen:

Der Beschluß des Senats vom 11. Dezember 1951 wird wie folgt ergänzt:

Soweit auf die sofortige Beschwerde des Antragstellers der Beschluß des Landgerichts Hamburg, Wiedergutmachungskammer 1, vom 20. August 1951 aufgeboten ist, wird die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht Hamburg, Wiedergutmachungskammer¹, zurückverwiesen.

G r ü n d e .

Auf die Gründe des Beschlusses des Senats vom 11. Dezember 1951 wird Bezug genommen. Da im Tenor dieses Beschlusses versehentlich unterblieben

103

Dr. A. P. Kosterlitz

33, Belsize Park Gardens,
London, N.W.3

am 25. Januar 1952

Antragauf Nachprüfunggemaess Gesetz Nr. 59, Art. 61

in der Wiedergutmachungssache
des fruheren Rechtsanwaltes und
Notars zu Berlin, Dr. Arthur P. Kosterlitz,
jetzt Schriftsteller zu London,

Antragstellers

g e g e n

1. das Deutsche Reich, gesetzlich vertreten durch die Hansestadt Hamburg, Finanzbehoerde, diese vertreten durch die Oberfinanzdirektion Hamburg,
2. die Hansestadt Hamburg, vertreten durch die Finanzbehoerde in Hamburg,

Antragsgegner.

Hierdurch bitte ich in der oben bezeichneten Wiedergutmachungssache dem Board of Review um Nachprüfung der Entscheidung des Hanseatischen Oberlandesgerichtes in Hamburg, 5. Zivil-Senat, vom 11. Dezember 1951, Akt.Z. 5 W 204/51

1 WiK 404/51

meiner Berliner Zustellungsbevollmaechtigten, Fraeulein Erika Flak, zugestellt am 24. Dezember 1951.

Es handelt sich in diesem Rechtsstreit um Schadenersatzansprueche eines von dem Hitler-Regime politisch und rassisch Verfolgten fuer den Verlust zweier Lifts, gekennzeichnet Globus 307 und 308. In ihnen befand sich der groessere Teil der Einrichtung meiner fruheren Wohnung, Berlin W.50, Passauer Str. 19, meiner Bibliothek, das gesamte Familien-Silber, Stuecke meiner Buero-Einrichtung, insbesondere mein Sprechzimmer, Kleidung, Haushaltsgegenstaende u.a.m. Der Inhalt der beiden Lifts ist aufgefuehrt in dem zu den Gerichtsakten eingereichten Inventarverzeichnis.

BOARD OF REVIEW

RECEIVED

3 - MAR 1952

Wb

- 2 -

Ueber die Aufnahme des Inventar-Verzeichnisses ueberreiche ich beifolgend eine eidesstattliche Versicherung meiner Ehefrau Hilde Kosterlitz, geb. Ruechel, und verweise gleichzeitig auf meine eigene eidesstattliche Versicherung. Mit der Verpackung, Zollabfertigung, Lagerung und dem Transport nach meinem Aufenthaltsort London war die Allgemeine Transport-Gesellschaft vorm. Gondrandt & Mangili (ATEGE) zu Berlin NW.21, beauftragt worden, An diese Speditions-Gesellschaft hatte meine Ehefrau am 5. Juli 1939 RM ~~3142~~ 3.142.- gezahlt, worueber ich die zu den Gerichtsakten ueberreichten Photokopien der Quittungen zu vergleichen bitte. Die ATEGE bediente sich zur Befoerderung der Lifts der United States Lines, die sie einstweilen in Pier 84 des Freihafens Hamburg eingelagert hatte. Durch den Kriegsausbruch wurde ihr Weitertransport verhindert. Sie standen in dem Lager-Schuppen unter Aufsicht des Kapitaens Meyer, wie der nachstehende Brief der United States Lines, U.K.Freight Dept. London E.C.3, vom 9.Juli 1940 mir berichtete:

"Your letter of February 19th relative to removals for account of Dr.A.Kosterlitz reached us (the Hamburg Branch) some little time ago only. Confirmation was received from Capt.Meyer a few days later already that the 2 Liftvans in question were actually stored on Pier 84, but it was not until yesterday that a definite reply reached us from Messrs. ATEGE Berlin."

Ende 1940, Anfang 1941 waren die Lifts dann auf Anordnung staatlicher Behoerden auf einen freien Platz im Hafen gebracht, also Wind und Wetter und jeder Zerstoe- rung und Beraubung ausgesetzt worden.

Anfang 1941 waren sie dann durch die GESTAPO Hamburg beschlagnahmt und dem Auktionator Karl Schlueter Hamburg zur Versteigerung uebergeben worden. Die Protokolle ueber die im September 1941 erfolgte Versteigerung befinden sich bei den Gerichtsakten. Der Netto-Erloes betrug RM 17.131.40 (siehe meine Beschwerde-Begrueundung vom 15. 10.51, S.7). Die GESTAPO Hamburg nahm das Geld zunaechst in Verwahrung. Kurz vor dem Zusammenbruch des 3.Reiches uebersandte sie den Betrag der Oberfinanzkasse Hamburg. Hierueber erhielt ich folgende Nachricht von dem Oberfinanzpraesidenten Hamburg vom 8.Dezember 1947 Akt.2. O. 5210-K 11 (N)-V 13 H.

"Betrifft Umzugsgut. Ihr Schreiben vom 13.9.ds.Js. Ich habe festgestellt, dass Ihre Sachen im Auftrage

- 3 -

der ehemaligen GESTAPO durch die Firma C.F. Schlüter, hier 36, Valentinskamp 74, verwertet worden sind. Der Versteigerer hat den Erlös an die genannte Polizei-Dienststelle abgeliefert. Akten sind bei ihr nicht mehr vorhanden. Kurz vor dem Zusammenbruch hat die GESTAPO einen Betrag ohne nähere Einzelangaben an meine Oberfinanzkasse überwiesen, in dem annehmbar auch der Erlös aus dem Verkauf Ihres Umzugsguts enthalten ist.

Eine Abschrift der von der Fa. Schlüter erzielten Einzelerlöse nebst Abrechnung über die Gesamt-Versteigerung füge ich bei."

Die Wiedergutmachungskammer Hamburg in ihrer Entscheidung vom 20. August 1951, Akt.Z. WiK 404/51, und das dagegen mit der sofortigen Beschwerde angerufene Oberlandesgericht Hamburg in dem Beschluss vom 11. Dezember 1951 Akt.Z.5 W 204/51, gaben meiner Forderung auf Herausgabe des von dem Land Hamburg vereinnahmten Betrages in der auf mich entfallenden Höhe und auf Feststellung der restlichen Schadenersatzpflicht des früheren deutschen Reiches nur in unzulänglicher Weise statt.

Auch in der Entscheidung der Beschwerde-Instanz sind eine Reihe von positiven Bestimmungen des Wiedergutmachungsgesetzes und Grundprinzipien der Wiedergutmachung verletzt, die schwere Unbilligkeiten mir gegenüber darstellen. Sie sind in der Begründung der Einwendungen, die ich nachstehend gegen den Beschluss vom 11. Dezember 1951 erhebe, spezifiziert aufgeführt.

Ich bitte den Board of Review, dahin zu erkennen:

Verluste 1. Der Antragsteller hat durch Entziehungsmassnahmen (daselbst) der GESTAPO Hamburg in den Jahren 1940/41 den Verlust zweier ihm gehörender, im Freihafen Hamburg und eingelagerter gewesener Lifts erlitten. Für den Inhalt der beiden Lifts ist das von ihm zu den Gerichtsakten eingereichte Inventarverzeichnis massgebend und seinem Schadenersatzanspruch gegen das frühere Deutsche Reich bzw. die späterhin stattdessen gesetzlich für entschädigungspflichtig erklärte Stelle zugrunde zu legen.

Es ist 2. der Schaden umfasst auch die Kosten des Transports der beiden Lifts von Berlin nach Hamburg und die für den beabsichtigten Weiter-Transport nach London aufgewandten Kosten in Höhe von RM 3.142.-

- 4 -

3. Der Ersatz des Schadens ist in der im Bundesgebiet geltenden Waehrung festzustellen, und zwar zu dem Wiederbeschaffungswerte der in dem Inventar-Verzeichnis aufgefuehrten Sachen zu der Zeit, zu der eine geldliche Ersatzleistung erfolgen kann.
4. Fuer das fuer die Ermittlung der Schadenshoehe und fuer das zur Verurteilung auf Schadensersatz erforderliche Verfahren bleibt der Rechtsstreit beim Landgericht Hamburg vorerst anhaengig, bis die Frage, wem die Ersatzpflicht anstelle des fruerehen Deutschen Reiches obliegt, gesetzlich geregelt sein wird.
5. Die Antragsgegnerin zu 2), Hansestadt Hamburg, wird verurteilt, an den Antragsteller DM 1.713.14 nebst 4% Prozess-Zinsen seit Mai 1951 zu zahlen.

Zur Begrueendung der Antraege fuehre ich aus:

1. Ansprueche gegen das fruerehe Deutsche Reich.

a) Waehrend die Wiedergutmachungskammer Hamburg nur die Versteigerung, die einen Teil meines Gutes betroffen hat, als schadenersatzpflichtige Entziehung betrachtete, berichtigt das OLG Hamburg den Beschluss der Wiedergutmachungskammer Hamburg v.20.August 1951 dahin, dass schon die Fortschaffung meiner Lifts aus der Obhut der United States Lines bzw. des Capt. Meyer und deren Aussetzung ohne Schutz und Aufsicht (siehe meine Beschwerdeschrift S.8ff), eine schuldhaftige Besitzentziehung in Verfolgungsabsicht darstellt.

Sie entwertet aber diese Erkenntnis dadurch, dass sie bemerkt, es werde sich im einzelnen nicht mehr aufklaeren lassen, welche Gegenstaende auf diese Art verloren gegangen sind. (S.4 Beschl.11.Dezember 1951), und es wuerden bestimmte einzelne Verluste keinesfalls mehr festgestellt werden koennen (S.5 daselbst).

Durch die Aussetzung ist mein Eigentum vorsaeztlich der Beraubung und Pluenderung preisgegeben worden, und nur die Gegenstaende, die nicht gestohlen worden waren, sind zur Versteigerung gelangt. Aber anstatt des wahren und vollen Wertes der Sachen, welche das Inventarverzeichnis angibt, wird mir nur eine auf blosser Schaetzung beruhende, summarische Erhoehung der Entschaedigung, die mir fuer den Verlust durch die Versteigerung zuzusprechen ist, zugebilligt.

Es ist dies ein Verstoss gegen den in Art.1 Gesetz Nr.59 enthaltenen Grundsatz, dass Feststellbarkeit genuegt, sowie eine Verletzung der Beweisregel des Art.41, Abs.2. Ich beziehe mich auf meine Ausfuehrungen hierzu in der Beschwerdebegrueendung, S.12.

107

- 5 -

bestehen wurde, nicht hat geben wollen. Es setzt sich mit dieser restriktiven Auslegung in Widerspruch zu der Tatsache, dass die Lifts im Hamburger Hafen beschädigt angekommen sind, oder gar während ihrer Lagerzeit unbefugt geöffnet wurden. Sie waren vielmehr in der Obhut eines von der United States Lines mit der Aufsicht betrauten Kapitäns, bis sie auf höhere Weisung fortgenommen wurden. Es ist nicht zu bezweifeln, dass die Lifts im Hamburger Hafen beschädigt angekommen sind, oder gar während ihrer Lagerzeit unbefugt geöffnet wurden. Sie waren vielmehr in der Obhut eines von der United States Lines mit der Aufsicht betrauten Kapitäns, bis sie auf höhere Weisung fortgenommen wurden.

Mehr konnte hinsichtlich der Fuersorge und Ueberwachung seitens der in meinem Interessen taetig gewesenen Stellen und Personen nicht geschehen, und es muss folgeweise, da kein Anlass fuer die Annahme des Gegenteils besteht, angenommen werden, dass bis zur Besitzentziehung der Inhalt der beiden Lifts vollzaehlig und unangetastet zusammen geblieben ist.

Daher ist meine Habe anhand des Inventarverzeichnisses fuer den massgeblichen Zeitpunkt der Entziehung nachweisbar und nachgewiesen. Ich habe einen Rechtsanspruch darauf, dass dieses mit aller Sorgfalt aufgenommene Dokument meiner Schadenersatzforderung zugrunde gelegt wird. Es waere eine groebliche Ungerechtigkeit, mich stattdessen mit den Brosamen eines willkuerlich abgeschaezten zusaetzlichen Betrages zu dem durch die spaetere Versteigerung des uebrig gebliebenen Restes erlittenen Schaden abspesen zu wollen.

Im Anschluss hieran ist zu beruecksichtigen, dass mir, worauf in meiner Beschwerde-Begrueendung S.11 hingewiesen ist, nach Art.26, Abs.2, Gesetz Nr.59, von dem Augenblick der Besitzentziehung an keine Beweislast obliegt.

b) Was den Wert der mir abhanden gebrachten Sachen anbelangt, verbleibt das O.L.G. Hamburg bei seiner staendigen Rechtssprechung, es sei der Wert im Zeitpunkt des Verlustes zu erstatten. [Fuer den Wert der durch die Aussetzung in Verlust geratenen Sachen haette logischerweise das Gleiche zu gelten.] ([S.3 der Entscheidung vom 11. Dez. 1951.])

Ohne weitere Begrueendung und ohne Eingehen auf mein ausfuehrliches Vorbringen beharrt das O.L.G. dabei, dass das Rueckerstattungsgesetz mit den Schadenersatzanspruechen des Art.26 Abs.2 eine vollstaendige Schadloshaltung in Gestalt der Wiederherstellung des Zustandes, der ohne den Verlust

- 6 -

bestehen wuerde, nicht hat geben wollen. Es setzt sich mit dieser restriktiven Auslegung in Widerspruch zu der Entscheidung des Board of Review v.27.Maerz 1951 (RzW 1951, S.175ff), wo das Gegenteil an mehreren Stellen ausdruuecklich ausgesprochen ist, sowie zu der einhelligen Ansicht der Kommentare und des Schrifttums. Auch die ueberwiegende Anzahl der deutschen Obergerichte vertritt den Standpunkt, dass hier die Regeln des buergerlichen Rechts vollinhaltlich anzuwenden sind. Eine Einheitlichkeit der Rechtssprechung in diesem hoechst wichtigen Bereiche herbeizufuehren, waere fuer die Rechtseinheit innerhalb des Bundesgebietes dringend erwuenscht.

In meiner Beschwerdebegruendung, S.13 unten, habe ich ausgesprochen, ich wuerde dadurch, dass mein Entschaedigungsanspruch nach Rueckerstattungsrecht Sonderbestimmungen unterworfen wuerde, indem die allgemein Schadenersatzansprueche regeln den Normen des BGB suspendiert wuerden, unter diskriminierendes Ausnahmerecht gestellt werden. Eine Forderung auf Natural-Restitution bzw. adaequaten Ersatz fuer den Verlust zu versagen, ist umso befremdlicher, als die frueher dafuer gegebene Begruendung (von Kuester, RzW 51, Anm. zu Nr.28) schlagend widerlegt ist.

Es ist an sich schon ein groteskes Verfahren, in einer bei Inkrafttreten des Rueckerstattungsgesetzes (12.Mai 1949) bereits seit einem Jahre abgeschafften Waehrung Ansprueche festzustellen. Diese Feststellung erfolgt aufgrund willkuerlicher und unkontrollierbarer Schaetzung von Preisen, die 1941, also vor ueber 10 Jahren mitten in der Ausnahme-Lage des Weltkrieges gegolten haben sollen. Noch dazu werden diese Ansprueche einer erst spaeter gesetzlich festzulegenden Wertrelation in dann geltender Waehrung ueberlassen. Diese Methode wirkt sich aber nahezu von Tag zu Tag staerker zu ungunsten der Schadenersatzberechtigten aus. Die Britische Regierung und ihr folgend alle Wirtschaftssachverstaendigen weisen immer wieder eindringlich daraufhin, dass wir inmitten einer Periode der Inflation leben. Die angeblichen 1941-Preise stehen schon heute in keinem Verhaeltnis mehr zu dem gegenwaertigen Wiederbeschaffungspreisen und das Missverhaeltnis steigert sich, so lange die Inflation nicht gestoppt ist, von Tag zu Tag. Es ist ein fataler Schwund der Wiedergutmachungsansprueche zu befuerchten und die wohltuetige Absicht des Gesetzes wird zunichte gemacht.

Sonach ist die Entscheidung des Oberlandesgerichtes Hamburg zu diesem Punkte nicht nur eine unrichtige Auslegung des Schadenersatzanspruches gemass Art.26, Abs.2 des Rueckerstattungsgesetzes, sondern auch eine starke Unbilligkeit.

- 7 -

c) Da der Schadenersatz nach BGB auch den mittelbaren Schaden (siehe 8.12 der Beschwerde-Begründung) einschliesst, worüber in Rechtssprechung und Rechtslehre Einstimmigkeit herrscht, ist mir die Erstattung der Transportkosten, die ich unnötig aufgewandt habe, zuzubilligen. Sie betragen laut den beiden Rechnungen der ATEGE vom 28.4.39 mit Quittungsvermerk vom 5.7.39 und der Rechnung mit Quittungsvermerk vom 5.7.39 insgesamt RM 3.142.-

2. Ansprüche gegen die Hansestadt Hamburg.

Durch ein amtliches Dokument, die unbestritten gebliebene Mitteilung des Oberfinanzpräsidenten Hamburg vom 8.12.47 (Akt. Z. 5210-K.11 (N)) - V 13 H steht fest, dass die GESTAPO kurz vor dem Zusammenbruch der Nazi Herrschaft einen Betrag ohne nähere Einzelangaben an seine Oberfinanzkasse überwiesen hat, in dem "annehmbar" auch der Erlös aus dem Verkauf meines Umzugsgutes enthalten war. Diesen mir als Gegenwert fuer die mir entzogenen Gegenstände zustehenden Betrag, den das Land Hamburg offenbar als ein Geschenk der GESTAPO ansehen moechte, verlange ich von dem Lande Hamburg zurueck und zwar mit der in meiner sofortigen Beschwerde dargelegten Begründung (Ziffer 1 daselbst).

Das Oberlandesgericht hat diesen Anspruch aus zwei Gruenden zurueckgewiesen :

a) Wegen Unzuständigkeit der Wiedergutmachungsbehoerden:

Nach dem OLG gruendet sich mein Anspruch auf Vorschriften des buergerlichen Rechtes, was nur heissen kann, dass er keine Grundlage im Rueckerstattungsgesetz haben soll.

Diese Behauptung ist voellig unzutreffend. Mein Anspruch ruehrt her aus widerrechtlicher Besitz- und Eigentumsentziehung durch Missbrauch staatlicher Machtbefugnisse, die sich Organe des untergegangenen dritten Reiches haben zu Schulden kommen lassen (Art. 1 u. 2 Gesetz Nr. 59). Statt, wie sie es sonst zu halten pflegte, das Geld fuer ihre eigenen Zwecke zu verwenden, hat im vorliegenden Falle die GESTAPO es verwahrt und in den letzten Tagen vor dem Untergang des 3. Reiches der Oberfinanzkasse des Landes Hamburg, mit dessen Bestehenbleiben sie offensichtlich rechnete, zugefuehrt. Nach Art. 1, Abs. 3, Gesetz Nr. 59, ist auch Vermoegen, das in 3. Haende gelangt ist, von demjenigen, der Besitz daran erlangt hat, zurueckzuerstatten. Wie diese Rueckerstattungspflicht rechtlich zu konstruieren ist, etwa, wie vorliegendenfalls, als Anspruch aus ungerechtfertigter Bereicherung, spielt eine sekundaere Rolle, die jedenfalls die grundsatzliche Verpflichtung zur Rueckgabe seitens des besitzenden Nichtberechtigten nicht ausschliessen kann.

fuer individuelle Sachen ist dies durch die Anordnung, dass die Regeln zum Schutze gutgläubiger Erwerber ausser Betracht zu bleiben haben, statuiert, so dass ausdruücklich die Rueckgabepflicht auch in den Besitz Dritter gelangter Gueter gesetzlich angeordnet ist. Warum es fuer das als teilweisen Ersatz an die Stelle meiner Vermoegensgegenstaende getretene Geld nicht gelten soll, ist nicht einzusehen.

In meinem Falle steht nicht ein rein buergerlich-rechtlicher Anspruch in Frage, der mit dem Entziehungstatbestand mehr oder minder eng zusammenhaengt, sondern die Entziehung aufgrund der Verfolgung selbst und zwar in einer durch Hinzutreten eines V. Aktes und Eintritt eines anderen Verpflichteten weiter vorgeschrittenen Phase. (Zu vergleichen Art. 25, Gesetz 59.) Es handelt sich also gemasse Art. 49, Satz 1, um Ansprueche, die unter das Rueckerstattungsgesetz fallen und daher nur in dem Verfahren nach diesem Gesetz geltend gemacht werden koennen. Nicht etwa liegt, wie das OLG Hamburg unzutreffend annimmt und worauf sich die 4 von ihm angefuhrten Zitate allein beziehen, ein Anspruch ausserhalb des Bereiches des Rueckerstattungsgesetzes vor. Ich kann mich hingegen meinerseits auf die Kommentare zum Wiedergutmachungsgesetz berufen, die durchgehend meinen Standpunkt rechtfertigen.

Ueberdies steht hinter dem gesamten Rueckerstattungsrecht das allgemeine buergerliche Recht, von dem zahlreiche einzelne Normen oder ganze Normen-Gebiete ausdruücklich in Bezug genommen sind. Das Rueckerstattungsrecht ist buergerliches Recht, geschaffen fuer eine ausserordentliche Sonderrechtslage. Daher gilt, auch, soweit nicht ausdruücklich angefuehrt, das Recht des BGB, soweit nicht im Einzelfalle die Vorschriften des Rueckerstattungsrechtes als *lex specialis* es ausschliessen oder abaendern.

Soweit die *Jurisdictio ratione materiae*, fuer die Artikel 52 massgeblich ist.

Prozessual ist in Betracht zu ziehen der Beschluss der Wiedergutmachungskammer vom Mai 1951:

"Aufgrund des Schriftsatzes des Antragstellers vom 18.

April 1951 wird die Einbeziehung der Hansestadt Hamburg, gesetzlich vertreten durch die Finanzbehoerde, in das Rueckerstattungsverfahren angeordnet."

In analoger Anwendung des Artikels 62, der den Sinn hat, dass alle wirklichen Rueckerstattungsfaelle auch nach dem hierfuer vorgesehenen Verfahren des Rueckerstattungsgesetzes behandelt werden sollen (Goetze "Rueckerstattung in West-

deutschland und Berlin" 1950 S.314 in Verbindung mit S.389), hat sie damit angeordnet, dass mein Anspruch gegen das Land Hamburg gemaess dem Gesetz Nr.59 zu behandeln ist. Dies hat zur weiteren Folge, dass die Zustaendigkeit der ordentlichen Gerichte ausgeschlossen ist. Diese Bejahung der Zustaendigkeit der Wiedergutmachungsgerichtsbarkeit ist fuer das gesamte Verfahren bindend. Mit ihr ist das Land Hamburg Beteiligter gemaess Art.53 des Gesetzes Nr.59 geworden.

b) Als zweiter Grund fuer die Zurueckweisung meines Anspruches gegen das Land Hamburg wird von dem Oberlandesgericht angefuehrt, dass der Zweiterwerber eines von dem Vorbesitzer herauszugebenden Surrogates nicht mehr auf Herausgabe des Surrogates haftet. (S.5 der Entscheidung vom 11.Dezember 1951). In einer anderen Entscheidung des Oberlandesgerichts Hamburg vom 4.Februar 1951 (RzW 1951, S.173) wird dieser Gedanke in die Worte gekleidet "Das Surrogat des Surrogates braucht nicht herausgegeben zu werden". In der hier angefochtenen Entscheidung ist unter dem ersten Surrogat augenscheinlich das Geld zu verstehen, das die GESTAPO aus dem oeffentlichen Verkauf meines Gutes erlangt, zunaechst verwahrt und spaeterhin der Oberfinanzkasse ueberwiesen hat. Das "Substitut des Substitutes" muesste dann das Geld darstellen, das ich von dem Land Hamburg herausverlange.

Das Oberlandesgericht Hamburg wendet hier eine Regel an, die es von v.Goddin ("Rueckerstattungsgesetze" 2.Aufl.1950 S.110 und noch deutlicher S.329: "Die Kettenwirkung der Entziehung geht so weit, wie die Identitaet des Gegenstandes reicht") uebernimmt, und betrachtet die Kette (den "Entziehungsnexus") als zerrissen. Dabei betrachtet sie die von mir herausverlangte Summe als Substitut des urspruenglichen Geldebetrages.

Diese Argumentation geht fehl, weil sie zwei grundverschiedene Dinge durcheinanderbringt: Naemlich individuelle Gegenstaende, die nicht durch andere Gegenstaende ersetzt werden koennen, ohne ihren bestimmten Charakter zu verlieren, und Geld, das eine vertretbare Sache gemaess Paragr.91 BGB ist. Geld hat keine Individualitaet, im Geltungsbereiche derselben Waehrung. Seine Aufgabe ist, einen allgemein gueltigen Masstab zu verkoerpern fuer alle Werte und Preise, die in Zahlen der Waehrungseinheit zum Ausdruck gebracht werden. Nur diese Zahlen sind es, auf die es ankommt. Daher wird die Identitaet derselben Geldsumme in der gleichen Waehrung nicht betroffen durch einen Wechsel in der Person des Inhabers oder der Zahlungsmittel, die bei einer Geldtransaktion zur Verwendung gelangen. Eine Geldsorte ist uneingeschraenkt

- 10 -

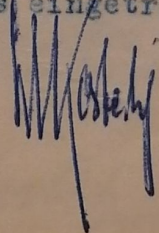
austauschbar gegen eine andere des gleichen Wertes und auf die dabei gebrauchten Zahlungsmittel kommt es nicht an. "Ein auf Geld lautender Anspruch ist und bleibt daher stets der gleiche Geldanspruch, wenn der Erstattungspflichtige den Gegenwert in Geld erhalten hat". (Kubuschok-Weisstein, "Rueck-erstattung" S. 180).

Zu der Surrogatstheorie gelangt das Oberlandesgericht Hamburg dadurch, dass es faelschlich den Schadenersatzanspruch des Art. 26 Abs. 2 als eine besondere rechtliche Kategorie eigenartiger Konstruktion behandelt (RzW 1951, S. 15). In Wirklichkeit aber ist er "der normale Schadenersatzanspruch des Paragr. 249 BGB" (Peters, Komm. z. Rueckerstattung 2. Aufl. 1950, S. 240), der auf Naturalrestitution bzw. auf einen zur Wiederbeschaffung ausreichenden Geldersatz geht (siehe Pabst in N.J.W. 1949 S. 121).

Dass ich nach der Versteigerung meiner Habe gegen das Reich in Hoehe des von ihm vereinnahmten Versteigerungserloeses einen geldlichen Herausgabeanspruch hatte, steht ausser Frage. Diesen Erloes hat das Reich (in Gestalt der GESTAPO) fast 4 Jahre verwahrt, um ihn dann schliesslich an die Oberfinanzkasse Hamburg weiterzuleiten, was keinesfalls bedeutet, dass er damit in die unbeschraenkte Verfuegung des Landes Hamburg uebergehen sollte, etwa geschenkweise. Nach Paragr. 281 BGB, auch nach Art. 25, Gesetz Nr. 59, haette ich die Abtretung des Anspruches gegen die Oberfinanzkasse Hamburg auf Rueckgabe verlangen koennen, eine Forderung, die waehrend der Dauer des gesamten Verfahrens gestellt werden kann. (Kubuschok-Weisstein a.a.O.). Dass sie meinem Vorbringen zu entnehmen war, wird dargetan durch den Einbeziehungsbeschluss der Wiedergutmachungskammer Hamburg vom Mai 1951. Beide angefuhrten Gesetzesbestimmungen haben den gleichen Leitgedanken, Vermoegenswerte demjenigen, der sie bekommen hat, ohne dass sie ihm zukommen, zu entziehen und demjenigen zuzufuehren, dem sie gebuehren. Sie ermoeeglichen den Ausgleich ungerechtfertigter Vermoegensverschiebungen.

Ueberdies gibt mir Art. 11, Gesetz Nr. 59, einen direkten Rueckforderungsanspruch gegen den derzeitigen Inhaber des entzogenen Vermoegens.

c) Der Anspruch auf die Prozess-Zinsen beruht auf dem Paragr. 291, 246 BGB. Mit dem Beschlusse auf Einbeziehung des Landes Hamburg in den Rechtsstreit, dessen genaues Datum auf der mir uebersandten Abschrift des Beschlusses fehlt, ist die Rechtshaengigkeit des Zahlungsanspruches eingetreten.



EIDESSTATTLICHE VERSICHERUNG

Hierdurch versichere ich, endesunterzeichnete Frau Hilda Kosterlitz geb. Rüchel zu London, N.W.3, 33, Belsize Park Gardens, folgendes an Eidesstatt:

1. Ich bin die Ehefrau des früheren Berliner Rechtsanwalts und Notars Dr. Arthur P. Kosterlitz. Mein Ehemann konnte nach Einstellung eines gegen ihn eingeleiteten Hochverratsverfahrens und längerer Haft bei der Gestapo im Herbst 1938 nach Grossbritannien entkommen.
2. Ich wollte ihm im Frühjahr 1939 dorthin folgen und einen Teil der Einrichtung unserer Wohnung Berlin, W. 50, Passauerstrasse 14, sowie sonstiges Eigentum mitnehmen. Zu diesem Zwecke setzte ich mich mit der Speditionsfirma Allgemeine Transportgesellschaft vorm. Gondrand und Mangili, m.b.H. (ATEGE) zu Berlin N.W.21 in Verbindung.
3. Von einem leitenden Angestellten dieser Firma wurde ich dahin unterrichtet, dass ich eine Liste der Sachen, die ich mitzunehmen gedachte, aufstellen müsste. Dieses Verzeichnis war bei der für Auswanderungen zuständigen Behörde einzureichen, um die Ausfuhrerlaubnis zu erhalten. Es wurde mir bekanntgegeben, dass das Verzeichnis ausserst genau aufgenommen werden müsse, da es amtlich nachgeprüft würde.
4. Ich stellte dieses Verzeichnis mit aller Sorgfalt her und es wurde dann von der Speditionsfirma, deren Vertreter ich die Sachen gezeigt hatte, der Behörde eingereicht.
5. Einige Zeit danach kam ein Beamter ("Prüfer"), um die Sachen anhand des Verzeichnisses zu kontrollieren. Er erhob keine Einwände, erklärte aber, dass er für die Bibliothek meines Ehemanns nicht die nötige Sachkenntnis besitze, dass die grossenteils kostbaren und seltenen Bücher umfasse. Es müsse ein Sachverständiger zu Rate gezogen werden.
6. Einige Zeit darauf erschien ein Antiquariats-Sachverständiger. Er gestattete die Mitnahme aller Bücher, die ich ausgesucht hatte, verlangte aber zunächst, dass eine alte Lutherbibel wegen ihres besonderen kulturhistorischen Wertes zurückbleiben sollte, um einer wissenschaftlichen Bibliothek überwiesen zu werden. Auf meine Bitten hin und meine Angabe, dass es ein altes Erbe der Familie sei, nahm er schliesslich von seiner Forderung Abstand.
7. Nach Erledigung aller Formalitäten erhielt ich die sogenannte "Packerlaubnis" gemäss dem Verzeichnis.
8. Das Einpacken geschah anhand der Liste. Es fand unter Aufsicht von Zollbeamten durch Personal der Speditionsfirma statt.
9. Das von meinem Ehemann zu den Hamburger Gerichtsakten eingereichte Inventarverzeichnis ist ein Schreibmaschinendurchschlag des von der Behörde zwecks Erwirkung der Ausfuhrerlaubnis eingereichten Originaldokuments. Ich kann die völlige Uebereinstimmung seiner Angaben mit den von mir zur Verpackung ausgehändigten Gegenständen aus dem Gewissens versichern.

London, 24. Februar 1952.

Hilda Kosterlitz

119

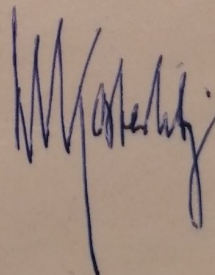
Eidesstattliche Versicherung.

Hiermit versichere ich, Endesunterzeichneter, Dr. jur. Arthur P. Kosterlitz zu London N.W.3, 33, Belsize Park Gardens, folgendes an Eides statt:

Die mir von meiner Ehefrau Hilda Kosterlitz uebergebene Durchschrift des im Fruehjahr 1939 der Deutschen Auswanderungsbehoerde in Berlin eingereichten Inventar-Verzeichnisses fuehrt die zur Mitnahme nach Grossbritannien bestimmt gewesenen und spaeterhin in 2 Lift-Vans verpackt gewesenen Gegenstaende auf. Sie stammen aus der Einrichtung meiner fruerehen Wohnung in unserem Hause Berlin W.50, Passauerstrasse 14. Beigefuegt war auch die Einrichtung meines Sprechzimmers, ferner sonstige Gegenstaende meines fruerehen Bueros. Sie sind derart bezeichnet, dass ich sie zu identifizieren vermag. Ich bin daher in der Lage zu bestaetigen, dass sie saemtlich mein und meiner Ehefrau Eigentum gewesen waren.

Mir ist von dem Londoner Buero der von der Berliner Allgemeinen Transport-Gesellschaft vorm. Gondrand & Mangili m.b.H. (ATEGE) mit der Verschiffung unserer beiden Lift-Vans nach London betraut gewesenen United States Lines zu London E.C.3, 38 Leadenhall Street, mit der ich seit Kriegsbeginn in Verbindung gestanden hatte, niemals bekannt gegeben worden, dass die beiden Lift-Vans etwa in Hamburg beschaadigt angekommen seien oder waehrend der Lagerzeit im Hamburger Freihafen, Pier 184 beschaadigt oder erbrochen worden waren, solange sie in ihrer Obhut standen.

London, am 18. Februar 1952



H. V. H. Low